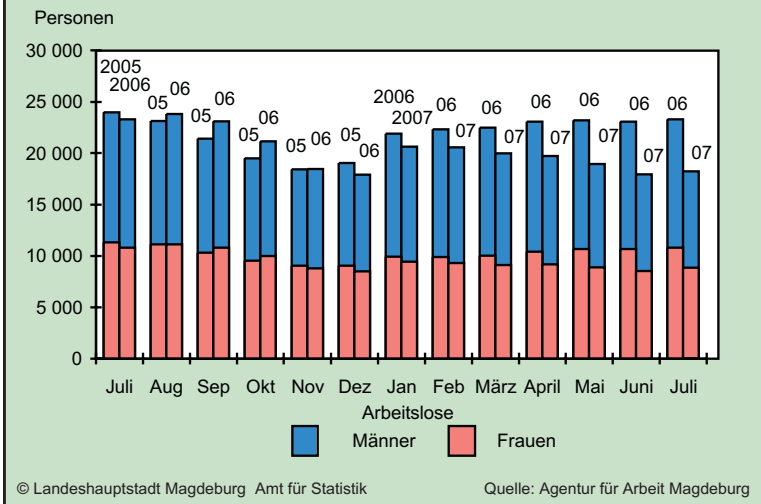


Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Magdeburg



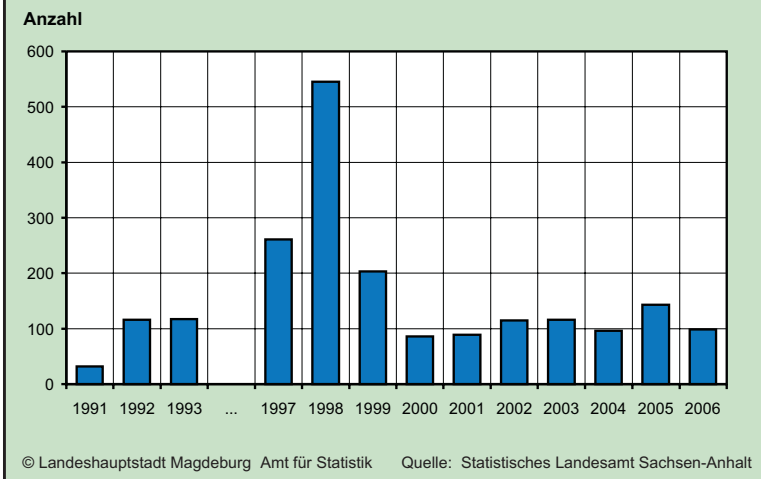
Einbürgerungen in Magdeburg

(Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt)

Mit der Einbürgerung erwirbt ein Ausländer die deutsche Staatsbürgerschaft. Sie wird gemäß § 16 Abs. 1 StAG mit der Aushändigung der Einbürgerungsurkunde wirksam. Nach der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts 1999 hat ein Ausländer, der seit acht Jahren rechtmäßig seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Inland hat, eine Loyalitätserklärung zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung der BRD abgibt, seinen Lebensunterhalt für sich und seine unterhaltsberechtigten Familienangehörigen ohne Inanspruchnahme von Sozial- oder Arbeitslosenhilfe bestreiten kann, seine bisherige Staatsangehörigkeit aufgibt oder verliert und nicht wegen einer Straftat verurteilt worden ist, gemäß § 85 Abs. 1 StAG einen Einbürgerungsanspruch. Es müssen erforderliche Kenntnisse der deutschen Sprache nachgewiesen werden (§ 86 AusIG).

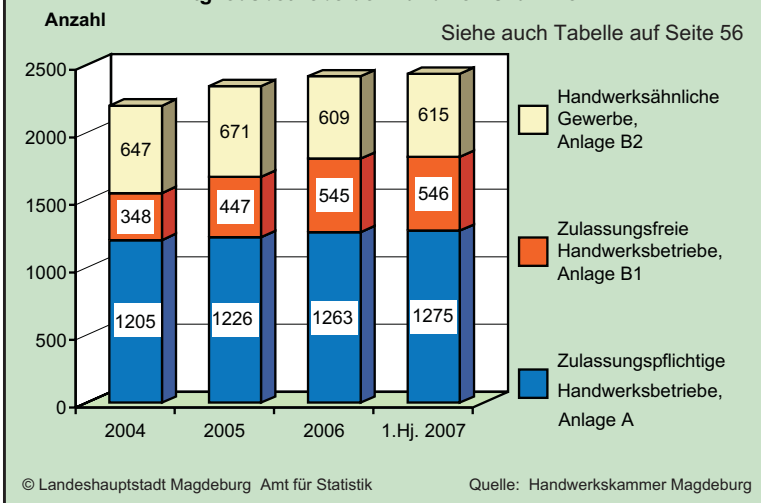
Vor der Reform betrug die erforderliche Aufenthaltszeit 15 Jahre.

Einbürgerungen in Magdeburg von 1991 - 2006



Jahr	Einbürgerungen
1991	32
1992	116
1993	117
.	.
.	.
1997	261
1998	545
1999	203
2000	86
2001	89
2002	115
2003	116
2004	96
2005	143
2006	98

Entwicklung des Handwerks in Magdeburg - Mitgliedsbetriebe der Handwerkskammer -



Anmerkung zur Klassifizierung der Handwerksbetriebe

In der Handwerksordnung vom 1.1.2004 werden Handwerksbetriebe in zulassungspflichtige Handwerke (41 Handwerke, Anlage A der Handwerksordnung), zulassungsfreie Handwerke (53 Handwerke, Anlage B1 der Handwerksordnung) sowie in handwerksähnliches Gewerbe (Anlage B2 der Handwerksordnung) eingeteilt.

Merkmals	Maßeinheit	Juli 2007	Juni 2007	Juli 2006
Bevölkerung (p) (eigene Fortschreibung auf der Basis des Einwohnermelderegisters)				
Bevölkerungsstand				
Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung	Anzahl	229 397	229 437	228 655
dav. männlich	Anzahl	110 884	110 877	110 391
weiblich	Anzahl	118 513	118 560	118 264
dar. Ausländer	Anzahl	7 868	7 928	7 752
männlich	Anzahl	4 277	4 297	4 270
weiblich	Anzahl	3 591	3 631	3 482
Wohnberechtigte Bevölkerung (Haupt-/ Nebenwohnsitz)	Anzahl	234 358	234 533	233 864
dav. männlich	Anzahl	113 631	113 693	113 263
weiblich	Anzahl	120 727	120 840	120 601
dar. Ausländer	Anzahl	7 985	8 057	7 865
männlich	Anzahl	4 347	4 375	4 343
weiblich	Anzahl	3 638	3 682	3 522
Natürliche Bevölkerungsbewegung-Hauptwohnsitz				
Eheschließungen	Anzahl	157 (*)	102	105
dar. mit Ausländern	Anzahl	9	3	6
Lebendgeborene/ Quelle:Standesamt, 2006	Anzahl	170	171	144
dav. männlich	Anzahl	89	81	.
weiblich	Anzahl	81	90	.
dar. Ausländer	Anzahl	4	5	8
männlich	Anzahl	.	.	.
weiblich	Anzahl	.	.	.
Gestorbene / Quelle: Standesamt, 2006	Anzahl	238	209	198
dav. männlich	Anzahl	109	97	.
weiblich	Anzahl	129	112	.
dar. Ausländer	Anzahl	.	.	.
dar. unter 1 Jahr	Anzahl	.	.	.
dar. Totgeburten	Anzahl	.	.	.
Geborenen(+)/Gestorbenenüberschuß(-)	Anzahl	-68	-38	-54
Wanderungen-Hauptwohnsitz				
Zugezogene Personen	Anzahl	840	581 R	728
dav. außerhalb Sachsen-Anhalt	Anzahl	406	267 R	.
innerhalb Sachsen-Anhalt	Anzahl	434	314	.
dar. Ausländer	Anzahl	.	.	.
Wohnsitzstatusänderung Nebenwohnsitz in HW	Anzahl	40	30	.
Weggezogene Personen	Anzahl	810	563 R	843
dav. außerhalb Sachsen-Anhalt	Anzahl	547	365 R	.
innerhalb Sachsen-Anhalt	Anzahl	263	198	.
dar. Ausländer	Anzahl	.	.	.
Wohnsitzstatusänderung HW in Nebenwohnsitz	Anzahl	42	29	.
Wanderungssaldo (einschließlich WS-Änderung)	Anzahl	28	19 R	- 115
Registerbereinigung	Anzahl	-	- 8 R	-
Bevölkerungssaldo insgesamt	Anzahl	- 40	- 27 R	- 115
(*) besonderes Eheschließungsdatum 20.07.2007				
Sozialhilfe - Leistungen nach SGB XII und Asylbewerberleistungsgesetz (stichtagsbezogen ohne Tagessatzzahlungen an Personen ohne festen Wohnsitz)				
Hilfe zum Lebensunterhalt nach SGBXII				
Leistungsempfänger	Fälle	420	427	292
entspricht Gesamtpersonenzahl	Personen	580	593	666
Grundsicherung nach SGBXII				
Leistungsempfänger	Fälle	1 425	1 353	1 248
entspricht Gesamtpersonenzahl	Personen	1 576	1 496	1 305
Grundleistungen nach Asylbewerberleistungsgesetz				
Leistungsempfänger	Fälle	424	437	483
entspricht Gesamtpersonenzahl	Personen	760	769	832
Arbeitsmarkt (Quelle: Agentur für Arbeit Magdeburg)				
Arbeitslose - Bestand am Ende des Berichtsmonats				
dar. Frauen	Personen	18 230	17 957	23 294 R
Differenz zum Vormonat	Personen	8 838	8 548	10 807 R
dar. Frauen	Personen	273	- 997	235
dar. Frauen	Personen	290	- 339	158
Unter den Arbeitslosen sind:				
Jugendliche unter 20 Jahre	Personen	348	244	665
dar. Frauen	Personen	166	114	319
Jugendliche ab 20 bis unter 25 Jahre	Personen	1 846	1 617	2 807 R
dar. Frauen	Personen	845	700	1 148
Frauen ab 55 Jahre	Personen	1 223	1 205	1 503
Männer ab 55 Jahre	Personen	1 153	1 163	1 355
Schwerbehinderte	Personen	809	798	838
dar. Frauen	Personen	346	345	347
Ausländer	Personen	1 065	1 067	1 204 R
dar. Frauen	Personen	493	482	535 R
Arbeitslosenquote 1)	%	15,1	14,9	19,9
Arbeitslosenquote 2)	%	16,6	16,3	21,7
Arbeitslosenquote -Männer 3)	%	17,0	17,1	23,3
Arbeitslosenquote - Frauen 3)	%	16,1	15,6	20,1
Offene Stellen - am Ende des Berichtsmonats	Personen	6 378	6 894	4 227
Bedarfsgemeinschaften und Leistungsempfänger nach SGB II				
Bedarfsgemeinschaften	Anzahl	21 554	21 533 R 4)	23 624 R
Empfänger ALG II	Personen	29 603	29 653 4)	30 973 R
Empfänger Sozialgeld	Personen	8 181	8 137 4)	8 217 R
Langzeitarbeitslose	Personen	8 448	8 556	9 423 R
Anteil der Langzeitarbeitslosen an Arbeitslosen gesamt	%	46,3	47,6	40,6 R
1) Arbeitslose in %, bezogen auf die Zahl aller zivilen Erwerbspersonen am 30.06.2005 = 117 179 Personen (ab Mai 2006), bzw. am 30.06.2006 = 120 425 Personen (ab Mai 2007)				
2) Arbeitslose in %, bezogen auf die Zahl der abhängigen zivilen Erwerbspersonen am 30.06.2005 = 120 425 Personen (ab Mai 2006), bzw. am 30.06.2006 = 110 006 Personen (ab Mai 2007)				
3) bezogen auf alle abhängige männliche bzw. weibliche zivile Erwerbspersonen				
4) vorläufige Werte				

Merkmals	Maßeinheit	Juli 2007	Juni 2007	Juli 2006
Arbeitslose nach Berufsgruppen (Quelle: Agentur für Arbeit Magdeburg)				
Land- und Forstwirtschaftsberufe	Personen	740	743	592 R
Chemie, Papier, Druckberufe	Personen	87	86	94
Metall-, Elektroberufe	Personen	843	864	1 143 R
Textil, Bekleidung, Leder	Personen	93	90	81 R
Ernährungsberufe	Personen	937	941	765 R
Bauberufe	Personen	1 301	1 328	1 527 R
Ingenieure, Chemiker, Physiker, Mathematiker	Personen	214	223	360
Techniker und Technische Sonderkräfte	Personen	196	186	283
Warenkaufleute	Personen	2 253	2 169	2 384
Verkehrsberufe	Personen	678	664	868 R
Lagerverwalter, Lager-, Transportarbeiter	Personen	1 048	1 053	1 381 R
Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufe	Personen	2 314	2 207	3 285 R
Gesundheitsdienstberufe	Personen	304	293	463 R
Sozial- und Erziehungsberufe, geistige und naturwiss. Berufe	Personen	952	898	1 241 R
Reinigungsberufe	Personen	1 282	1 260	1 903 R
Übrige Berufsgruppen	Personen	4 988	4 952	6 924 R
Zusammen	Personen	18 230	17 957	23 294 R
darunter:				
Angestelltenberufe	Personen	.	.	8 817
Gewerbeentwicklung				
Gewerbeanmeldungen	Anzahl	210	172	191
dav. Neuanmeldungen	Anzahl	204	163	188
Übernahmen	Anzahl	6	9	3
Von den Gewerbeanmeldungen entfallen auf:				
Industrie	Anzahl	-	-	-
Handwerk	Anzahl	22	20	18
Handel	Anzahl	60	44	49
Reisegewerbe	Anzahl	4	-	3
Sonstige	Anzahl	124	108	121
Gewerbeabmeldungen	Anzahl	176	148	139
dav. Industrie	Anzahl	3	3	1
Handwerk	Anzahl	33	17	16
Handel	Anzahl	62	55	56
Reisegewerbe	Anzahl	3	-	1
Sonstige	Anzahl	75	73	65
unter den Gewerbeabmeldungen entfallen auf				
Abmeldungen auf dem Amtsweg	Anzahl	9	10	9
Gesellschafteraustritt	Anzahl	7	3	2
wegen Änderung der Rechtsform	Anzahl	6	2	7
Bau- und Wohnungswesen				
Anträge auf Baugenehmigungen, Nutzungsveränderungen und Abbrüche einschließlich verfahrensfreie Bauvorhaben im Anzeigeverfahren 1) 2)				
Anträge gesamt	Anzahl	93	96	72
dav. Neubau Mehr-u.Einfamiliengebäude	Anzahl	26	21	18
Geschäfts-u.Bürohäuser	Anzahl	2	-	-
Gastst.,Cafes,Bistros,Hotels,Pensionen,Spielotheken	Anzahl	1	1	-
Märkte, Lagerhallen u.ä.	Anzahl	-	-	-
Tankstellen	Anzahl	1	-	-
Gartenlauben, Bungalows, Garagen	Anzahl	1	9	6
Parkhäuser, Tiefgaragen	Anzahl	-	-	-
Parkplätze, Freianlagen, übrige	Anzahl	6	12	5
Modernisierung, Um- und Ausbau	Anzahl	30	27	28
Nutzungsänderungen, Gewerbebetriebe, Arztpraxen	Anzahl	17	17	15
Abbrüche jeglicher Art	Anzahl	9	9	-
Baugenehmigungen, Genehmigungen für Nutzungsveränderungen und Abbrüche einschließlich verfahrensfreie Bauvorhaben im Anzeigeverfahren 1) 2)				
Genehmigungen gesamt	Anzahl	91	72	78
dav. Neubau Mehr-u.Einfamiliengebäude	Anzahl	24	16	21
Geschäfts-u.Bürohäuser	Anzahl	-	-	-
Gastst.,Cafes,Bistros,Hotels,Pensionen,Spielotheken	Anzahl	1	-	-
Märkte, Lagerhallen u.ä.	Anzahl	-	-	-
Tankstellen	Anzahl	-	-	-
Gartenlauben, Bungalows, Garagen	Anzahl	2	8	5
Parkhäuser,Tiefgaragen	Anzahl	-	1	-
Parkplätze, Freianlagen, übrige	Anzahl	1	7	2
Modernisierung, Um- und Ausbau	Anzahl	31	28	38
Nutzungsänderungen, Gewerbebetriebe, Arztpraxen	Anzahl	18	9	9
Abbrüche jeglicher Art	Anzahl	14	3	3
1) Die genehmigten Bauanträge stehen nicht im unmittelbaren Zusammenhang mit den Bauanträgen des gleichen Monats 2) ohne Werbung und Stellplätze				
Wohngeld nach dem Wohngeldgesetz				
Wohngeldempfänger	Haushalte	2 329	2 396	2 794
Zahlbetrag (= Wohngeld für den Folgemonat)	EUR	220 997	206 656	319 179
Für Heimbewohner werden Wohngeldleistungen nach dem 9.ÄndGWOGG rückwirkend neu berechnet. Für den Zahlmonat 07/2007 sind daraus resultierend Nachzahlungen in Höhe von 59 607,88 EUR angeordnet worden.				

Merkmal	Maßeinheit	Juli 2007	Juni 2007	Juli 2006	
Versorgungsleistungen der Städtischen Werke (Quelle: Städtische Werke Magdeburg GmbH)					
Stromversorgung					
Einspeisung in das Stadtnetz	MWh	84 173	83 558	86 045	
darunter Einspeisung sonstiger Marktteilnehmer 1)	MWh	33 598	41 955	24 923	
davon: konventionelle Energieträger 1)	MWh	27 610	35 355	19 594	
erneuerbare Energien:	MWh	5 988	6 600	5 328	
davon Windkraft	MWh	1 890	1 315	641	
Photovoltaik	MWh	31	32	29	
Deponiegas	MWh	224	235	292	
Sonstige erneuerbare Energieträger (Biomasseanlagen = Pflanzenöl als Biomasse)	MWh	3 842	5 018	4 366	
Erdgasversorgung					
Bezug von der Verbundnetz Gas AG	MWh	44 695	43 165	43 301	
Wärmeversorgung					
Fernwärmeabgabe der Heizwerke Rothensee und Virchowstraße, sowie des Müllheizkraftwerkes Rothensee	MWh	10 446	10 521	8 313	
Trinkwasserversorgung					
Bezug von der Trinkwasserversorgung Magdeburg GmbH	cbm	926 442	939 417	1 105 860	
Trinkwasserbezug je Einwohner 2)	l/Tag	127	133	152	
1) incl. Müllheizkraftwerk 2) Basis wohnberechtigte Bevölkerung, Stand Dezember des Vorjahres (eigene Fortschreibung)					
Müllentsorgung (Quelle: Städtischer Abfallwirtschaftsbetrieb Mgdb.)					
Hausmüll	cbm	32 882	31 912	29 859	
Sperrmüll	cbm	2 421	2 627	2 193	
Bioabfall	cbm	4 225	4 282	2 231	
Straßenkehricht	cbm	108	144	198	
Wertstofffassung (Quelle: Städtischer Abfallwirtschaftsbetrieb Mgdb.)					
Papier	t	1 248,58	1 155,64	1 147,00	
darunter Verkaufsverpackungen	t	191,16	176,93	175,67	
Glas	t	420,92	506,26	346,14	
Leichtverpackungen	t	.	650,42	552,22	
Flugverkehr am Flugplatz Magdeburg (Quelle: Flughafen Magdeburg GmbH)					
Kommerzieller Verkehr	Starts	279	248	659	
darvon: gewerblicher Verkehr	Starts	232	208	638	
Werkverkehr	Starts	47	40	21	
Nichtkommerzieller Verkehr	Starts	438	561	130	
darunter: Staatsluftfahrzeuge	Starts	67	69	69	
Segelflüge	Starts	189	129	255	
Ultraleichtflüge	Starts	455	440	778	
Starts, gesamt	Starts	1 361	1 378	1 822	
darunter: Internationale Flüge	Starts	36	25	25	
Passagiere	Personen	3 036	3 497	3 813	
Fallschirmsprünge	Anzahl	171	145	420	
Innerstädtischer Nahverkehr (Quelle: Magdeburger Verkehrsbetriebe GmbH)					
Fahrzeugbestand im Durchschnitt					
Straßenbahnen - Triebwagen	Anzahl	147	147	147	
darunter stillgelegt	-	-	-	-	
- Beiwagen	Anzahl	29	29	29	
darunter stillgelegt	-	-	-	-	
Omnibusse (darunter 1 Fernreisebus)	Anzahl	58	58	59	
Nutz-Wagen-Kilometer					
Straßenbahnen - Triebwagen	km	550 666	540 821	509 564	
- Beiwagen	km	64 831	58 046	43 254	
Omnibusse	km	273 899	266 732	269 308	
Beförderte Personen					
je Tag	Personen	4 290 811	4 474 871	3 861 852	
je Nutz-Wagen-Kilometer	Personen	138 413	149 162	124 576	
	Personen	4,82	5,17	4,70	
Weißer Flotte (Fahrgastschifffahrt und Fähren) (Quelle: Magdeburger Weiße Flotte GmbH)					
Fahrgastschiffe der Weißen Flotte: (MS Magdeburg, MS Wolfsburg und MS Sachsen-Anhalt)					
Fahrten:	Linien- und Pendelverkehr	Anzahl	148	152	126
	Charterverkehr	Anzahl	4	9	10
beförderte Personen:	Linien- und Pendelverkehr	Personen	5 393	5 455	6 038
	Charterverkehr	Personen	457	446	506
gefahrenre Strecke:	Linien- und Pendelverkehr	km	2 937	2 989	3 573
	Charterverkehr	km	90	343	891
Fähre Buckau und Gierfähre Westerhüsen:					
beförderte Personen:	Personen	6 891	6 222	7 991	
Umschlagleistungen im Hafengelände (Quelle: Magdeburger Hafen GmbH)					
Gesamtumschlag	t	349 256	292 167	272 492	
davon: Umschlag aus Schiff	t	146 767	132 876	114 598	
Umschlag in Schiff	t	163 921	119 495	141 693	
Umschlag Schiff / Schiff	t	5 583	13 096	5 927	
Landumschlag	t	32 985	26 700	10 274	
Leistungen der Hafenbahn	t	74 700	59 490	65 698	

Merkmals	Maßeinheit	Juli 2007	Juni 2007	Juli 2006
Kraftfahrzeugbestand				
Bestand an zugelassenen Fahrzeugen	Anzahl	109 026 3)	108 919 3)	118 250 2)
auf 100 Einwohner 1)	Anzahl	47,5	47,5	51,7
dav. Personenkraftwagen	Anzahl	92 720	92 625	101 976
Last- und Spezialkraftwagen	Anzahl	11 759	11 750	11 512
Kraftomnibusse	Anzahl	77	77	82
Zugmaschinen und Traktoren	Anzahl	494	496	533
Motorräder	Anzahl	3 976	3 971	4 147
Fabrikneu zugelassene Fahrzeuge	Anzahl	620	782	689
Außerdem Anhänger	Anzahl	4 181	4 176	4 628
1) Berechnung auf Basis Bevölkerung Hauptwohnsitz 2) Korrektur Datenbestand (überfällige Stilllegungen)				
3) 01.03.2007 Einführung der Fahrzeugzulassungsverordnung (FZV); anstelle von Stilllegung/Löschung tritt die Außerbetriebsetzung Stillgelegte Fahrzeuge werden nicht mehr in der Statistik erfasst.				
Erteilung von Führerscheinen				
Führerscheine / Antragstellungen	Anzahl	1 912	1 108	1 502
Führerscheine / Aushändigungen	Anzahl	753	539	674
darunter Ersterteilungen bzw. Erweiterungen	Anzahl	324	238	348
darunter weibliche Personen	Anzahl	166	130	157
Begleitendes Fahren ab 17 *	Anzahl	88	44	.
Fahrgastbeförderungserlaubnisse	Anzahl	3	-	13
Fahrllehrerlaubnisse	Anzahl	1	-	-
Internationale Führerscheine	Anzahl	58	35	64
* Erlass des Ministeriums für Landesentwicklung und Verkehr Sachsen-Anhalt				
Straßenverkehrsunfälle				
(Quelle: Polizeidirektion Magdeburg)				
Unfälle insgesamt	Anzahl	728	806 R	741 R
darunter mit Fahrerflucht	Anzahl	150	161 R	158 R
davon sonstige Sachschadensunfälle (sogen. Bagatellunfälle)	Anzahl	614	640 R	598 R
schwerwiegende UF gesamt 1)	Anzahl	114	166 R	143 R
darunter mit Personenschaden	Anzahl	92	133 R	119 R
unter Alkoholeinfluß	Anzahl	15	25 R	21 R
dabei verletzte Personen	Personen	106	146 R	136 R
dar. Kinder	Personen	11	8	10
getötete Personen (bis 30 Tage nach dem Unfall)	Personen	-	1	1
dar. Kinder	Personen	-	-	-
Beteiligte Verkehrsteilnehmer UF gesamt				
Personenkraftwagen	Anzahl	1 102	1 212 R	.
Lastkraftwagen	Anzahl	118	114 R	.
Motorräder	Anzahl	6	16	.
Mopeds	Anzahl	7	11 R	.
Radfahrer	Anzahl	74	91 R	.
dar. Kinder	Anzahl	9	6	.
Straßenbahnen	Anzahl	10	6 R	.
Fußgänger	Personen	14	16 R	.
dar. Kinder	Personen	4	2	.
1) mit Personenschaden oder schwerwiegende Unfälle mit Sachschaden (im engeren Sinne)				
Feuerwehr				
Alarmierungen der Berufsfeuerwehr	Anzahl	586	543	598
dav. Brandeinsätze	Anzahl	53	99	118
dar. Großfeuer	Anzahl	2	3	-
technische Hilfeleistungen	Anzahl	440	349	347
dav. Notstände ("Blaulichteinsätze")	Anzahl	123	90	118
sonstige	Anzahl	317	259	229
blinde Alarmer	Anzahl	93	95	133
dar. böswillige Alarmierungen	Anzahl	4	1	4
Einsätze der Freiwilligen Feuerwehren insgesamt	Anzahl	41	66	81
Einsätze im Rettungsdienst				
insgesamt	Anzahl	3 888	3 914	4 377
dav. Notarzteinsatzfahrzeuge	Anzahl	887	831	846
Rettungswagen	Anzahl	1 973	1 973	2 186
Krankentransportwagen	Anzahl	980	1 057	1 279
Rettungshubschrauber (durch Leitstelle alarmiert)	Anzahl	48	53	66

Merkmals	Maßeinheit	Juli 2007	Juni 2007	Juli 2006
Krankenhäuser				
Universitätsklinikum Magdeburg A.ö.R.				
Aufgestellte Betten insgesamt	Anzahl	1 126	1 126	1 126
Belegungstage	Anzahl	30 522	29 484	29 819
Bettenauslastungsgrad	%	87,4	87,3	85,4
Fälle	Anzahl	4 003	3 901	3 765
Städtisches Klinikum Magdeburg				
Aufgestellte Betten insgesamt	Anzahl	666	661 R	684 R
Belegungstage	Anzahl	17 908	16 630 R	17 149 R
Bettenauslastungsgrad	%	86,7	83,9	80,9 R
Fälle	Anzahl	2 376	2 137 R	2 072 R
Pfeiffersche Stiftungen				
Aufgestellte Betten insgesamt	Anzahl	224	224	225
Belegungstage	Anzahl	5 998	5 920	5 837
Bettenauslastungsgrad	%	86,4	88,0	83,7
Fälle	Anzahl	661	632	550
Theater, Konzerthalle				
Theater Magdeburg - Musiktheater 1)				
Plätze	Anzahl	6 297	8 952	19 031
Vorstellungen	Anzahl	8	15	15
Besucher	Personen	3 261	4 329	6 470
Auslastung 2)	%	51,8	48,4	34,0
Theater Magdeburg - Ballett 1)				
Plätze	Anzahl	-	1 376	-
Vorstellungen	Anzahl	-	2	-
Besucher	Personen	-	961	-
Auslastung 2)	%	-	69,8	-
Theater Magdeburg - Schauspiel 1)				
Plätze	Anzahl	4 654	2 228	2 736
Vorstellungen	Anzahl	15	18	12
Besucher	Personen	4 280	1 577	2 219
Auslastung 2)	%	91,9	70,8	81,1
Theater Magdeburg - Kinder- und Jugendtheater 1)				
Plätze	Anzahl	1 392	2 699	1 097
Vorstellungen	Anzahl	17	25	13
Besucher	Personen	1 312	1 881	904
Auslastung 2)	%	94,2	69,7	82,4
Theater Magdeburg - Konzerte 1)				
Plätze	Anzahl	150	1 619	1 419
Vorstellungen	Anzahl	1	4	3
Besucher	Personen	106	1 293	549
Auslastung 2)	%	70,7	79,9	38,7
Theater Magdeburg - sonstige Veranstaltungen 1)				
Plätze	Anzahl	3 105	5 713	3 777
Vorstellungen	Anzahl	7	45	7
Besucher	Personen	2 882	4 876	3 630
Auslastung 2)	%	92,8	85,3	96,1
Konzerthalle "Georg Philipp Telemann"				
Plätze	Anzahl	349	349	349
Veranstaltungen	Anzahl	2	3	2
Besucher	Personen	320	679	207
Platzausnutzung 2)	%	45,9	64,9	29,7
Gesellschaftshaus "Schinkel-Saal"				
Plätze - Schinkelsaal (Nebenraum des Schinkelsaales)	Anzahl	-	165	-
Veranstaltungen - Schinkelsaal (Nebenraum)	Anzahl	-	3	-
Besucher - Schinkelsaal (Nebenraum)	Personen	-	203	-
Platzausnutzung - Schinkelsaal (Nebenraum) 2)	%	-	41	-
Gesellschaftshaus "Gartensaal"				
Plätze	Anzahl	176	176	176
Vorstellungen	Anzahl	5	4	7
Besucher	Personen	516	468,0	662,0
Platzausnutzung 2)	%	58,6	66,5	53,7
Puppentheater der Stadt Magdeburg 3)				
Vorstellungen	Anzahl	33	72 4)	39
Besucher	Personen	2 684	10 502 4)	3 621
1) einschließlich Veranstaltungen außer Haus				
2) Aufführungen mit unterschiedlicher Platzkapazität				
3) Spielstätten des Puppentheaters: Saal, Probephöhne, Hof, Kindergarten Bördebogen sowie weitere außer Haus Veranstaltungen mit unterschiedlichen Platzkapazitäten			4) einschließlich des Figurenfestivals; 63 Vorstellungen mit 9 755 Besuchern	
Tourist-Information Magdeburg (TIM)				
Stadtführungen; Gruppenführungen (Rundfahrten und Rundgänge) Magdeburg und Umland				
Führungen insgesamt	Anzahl	207	410	205
Teilnehmer der Stadtführungen, Rundfahrten und Rundgänge	Personen	4 217	9 326	4 432
Stadrundgänge und Stadtführungen für Individualtouristen	Personen	830	859	451
Teilnehmer insgesamt	Personen	5 047	10 185	4 883
Stadtarchiv				
Benutzer	Personen	823	735	723
benutzte Archivalien	Stück	1 675	1 343	1 460

Merkmal	Maßeinheit	Juli 2007	Juni 2007	Juli 2006
Stadtbibliothek Magdeburg				
Bestand	Anzahl	379 324	380 132	392 725
Entlehnungen	Anzahl	88 241	95 573	81 568
Besucher	Anzahl	36 897	34 595	29 484
Besucher in Magdeburger Museen				
Kulturhistorisches Museum / Naturkundemuseum	Personen	8 343 1)	1 942	1 813
Kloster Unser Lieben Frauen	Personen	5 786	8 227	5 321
Lukasklause	Personen	1 137	1 966	1 247
Technikmuseum	Personen	797	482	397
1) Sonderausstellung "Playmobil"				
Literaturhaus e.V.				
Besucher	Personen	1085	716	342
Ausstellungen	Anzahl	1	1	-
Sonderveranstaltungen	Anzahl	36	35	10
Städtische Volkshochschule				
Lehrgänge	Anzahl	37	190	132
Unterrichtsstunden	Anzahl	202	1 595	495
Teilnehmer	Personen	865	2 840	1 838
Lehrer	Personen	23	111	132
Zoologischer Garten Magdeburg GmbH				
Tageskarten	Anzahl	28 139	21 128	27 721
Gruson-Gewächshäuser				
Besucher	Personen	1 425	1 104	176
Kommunale Bäder				
Besucher der 4 kommunalen Hallenbäder	Personen	33 893	34 326	27 256 R
Besucher der 4 den Hallenbädern angeschloss. Saunen	Personen	1 586	2 300	814
Freibäder	Anzahl	3	3	3
Besucher	Personen	22 090	21 762	93 312
Strandbäder	Anzahl	2	2	3
Besucher insgesamt	Personen	9 571	17 413	118 028
davon Barleber See	Personen	146	10 401	78 328
Neustädter See	Personen	9 425	7 012	39 700
Witterungsverhältnisse				
(Quelle: gemessen bzw. festgestellt in der Wetterwarte Magdeburg des Deutschen Wetterdienstes, Stationshöhe 79 m NN)				
Lufttemperatur				
Monatsmittel	C°	18,8	18,8	23,6
absolutes Maximum	C°	38,1	31,9	37,3
Tag	Datum	16.	9.	20.
absolutes Minimum	C°	9,6	8,4	10,3
Tag	Datum	11.	1.	15.
Niederschläge				
Monatsmenge	mm	82,1	130,7	28,0
höchste Tagesmenge	mm	31,2	52,4	14,0
Tage mit mindestens 0,1 mm Niederschlag	Anzahl	18	19	8
mittlere relative Luftfeuchtigkeit	%	68	72	56
Sonnenscheindauer (Monatssumme)	h	189,4	204,5	351,6
Gewittertage	Anzahl	8	10	8
Frost- / Sommertage 1)	Anzahl	0 / 12	0 / 12	0 / 29
1) Frosttage: Tagesminimum der Lufttemperatur unter 0°C , Sommertage: Tagesmaximum der Lufttemperatur mindestens 25°C				
Schadstoffkonzentration in der Luft				
(Gemessen mit dem automatischen Luftüberwachungssystem des Landes Sachsen-Anhalt, vorgeprüfte Messdaten der Messstation Magdeburg / Südost - Schönebecker Straße)				
Schwefeldioxid - Monatsmittelwert	µg / cbm	.	.	.
- 98%-Percentil	µg / cbm	.	.	.
Stickstoffmonoxid - Monatsmittelwert	µg / cbm	1,9 *	1,9 *	1,9
- 98%-Percentil	µg / cbm	.	.	13
Stickstoffdioxid - Monatsmittelwert	µg / cbm	16,0	14,0	19,0
- 98%-Percentil	µg / cbm	.	.	56
Kohlenmonoxid - Monatsmittelwert	mg / cbm	.	.	.
- 98%-Percentil	mg / cbm	.	.	.
Ozon - Monatsmittelwert	µg / cbm	62,0	66,0	88,0
- 98%-Percentil	µg / cbm	.	.	172
Feinstaub PM 10** - Monatsmittelwert	µg / cbm	21,0	23,0	31,0
- 98%-Percentil	µg / cbm	.	.	.
PM 10 - Partikel mit einem Durchmesser kleiner als 10 µm 98%-Percentil bedeutet, 98% aller Messwerte sind kleiner als dieser Wert				
* Kenngröße kleiner als die Nachweisgrenze des Gerätes, deshalb lt. Definition gleich der halben Nachweisgrenze gesetzt				
** Nach Abschluss der Vergleichsmessungen wurden die Messwerte zur Anpassung an das Referenzverfahren mit folgenden Korrekturfaktoren behandelt:				
Januar - 1,25	Mai - 1,45	September - 1,38		
Februar - 1,25	Juni - 1,45	Oktober - 1,32		
März - 1,32	Juli - 1,45	November - 1,25		
April - 1,38	August - 1,45	Dezember - 1,25		
Hinweis: Informationen zu Auswirkungen von Luftschadstoffen auf die Gesundheit und zu Bewertungsmaßstäben für Immissionsmessungen sind auf den Internetseiten des LUSA unter http://www.mu.sachsen-anhalt.de/lau/luesa/ veröffentlicht.				

Merkmal	Maßeinheit	April 2007	März 2007	April 2006
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden; Verarbeitendes Gewerbe (Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt)				
Erfasste Betriebe	Anzahl	38	38	79
Beschäftigte	Personen	5 277	5 267	6 201
Gesamtumsatz	1000 EUR	95 666	105 960	91 617
dar. Ausland	1000 EUR	18 476	17 501	14 343
Eurozone 1)	1000 EUR	8 850	8 385	7 983
Nicht-Eurozone 1)	1000 EUR	9 626	9 116	6 360
geleistete Arbeitsstunden	1000 h	711	787	816
Bruttoentgelte	1000 EUR	11 263	11 331	12 888
Berichtskreis: Betriebe des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden sowie des Verarbeitenden Gewerbes von Unternehmen mit im allg. 20 und mehr Beschäftigten, seit Januar 2007 Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigte 1) Seit Januar 2006 ausgewiesen.				
Baugewerbe (Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt) Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau		April 2007	März 2007	April 2006
erfasste Betriebe	Anzahl	31	31	33
tätige Personen	Personen	2 028	1 985	2 148
geleistete Arbeitsstunden	1000 h	215	219	242
Bruttolohn- und Bruttogehaltssumme	Mio. EURO	4,2	4,1	4,3
Gesamtumsatz	Mio. EURO	22,8	21,1	21,1
Auftragseingang	Mio. EURO	20,6	24,4	27,8
Bauinstallation und sonstiges Baugewerbe		I. Quartal 2007	IV. Quartal 2006	I. Quartal 2006
erfasste Betriebe	Anzahl	25	25	25
tätige Personen	Personen	964	971	925
geleistete Arbeitsstunden	1000 h	299	297	283
Bruttolohn- und Bruttogehaltssumme	Mio. EURO	5,2	5,5	4,8
Gesamtumsatz	Mio. EURO	23,0	38,7	18,9
Berichtskreis: Die Angaben beziehen sich auf Betriebe von Unternehmen des Baugewerbes mit im allgemeinen 20 und mehr tätigen Personen, auf Betriebe anderer Wirtschaftsbereiche mit 20 und mehr tätigen Personen sowie auf alle Arbeitsgemeinschaften des Baugewerbes.				
Beherbergungsstätten (Betriebe mit mehr als 8 Betten, Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt)		April 2007	März 2007	April 2006
Betriebe insgesamt	Anzahl	38	38	37
darunter geöffnete	Anzahl	38	38	36
Betten insgesamt	Anzahl	4 295	4 295	4 256
darunter angebotene	Anzahl	4 260	4 277	4 147
durchschnittl. monatl. Auslastung der angebotenen Betten	%	29,1	31,4	26,5
Ankünfte insgesamt 1)	Anzahl	21 682	24 755	19 180
darunter Ausländer	Anzahl	2 271	2 711	2 061
Übernachtungen insgesamt 1)	Anzahl	37 411	42 176	33 045
darunter Ausländer	Anzahl	3 812	5 272	4 100
durchschnittliche Aufenthaltsdauer insgesamt 1)	Tage	1,7	1,7	1,7
darunter Ausländer	Tage	1,7	1,9	2,0
1) Ankünfte, Übernachtungen und Aufenthaltsdauer der Gäste in Beherbergungsbetrieben (einschl. Camping)				

Entwicklung im Handwerk in Magdeburg

(Quelle: Handwerkskammer Magdeburg, Auswertung der anonymisierten Registerdaten durch das Amt für Statistik)

	Systematik ab 01.01.2004		bis 31.12.2003 Anlage B,	Mitgliedsbetriebe gesamt
	(Anlage A)	(Anlage B1)	ab 01.01.2004 (Anlage B2)	
	zulassungspflichtige Handwerke	zulassungsfreie Handwerke	handwerksähnliche Gewerbe	
Mitgliedsbetriebe am				
31.12.2004	1 205	348	647	2 200
31.12.2005	1 226	447	671	2 344
31.12.2006	1 263	545	609	2 417
1.Halbjahr 2007	1 275	546	615	2 436

Alle Tabellen ohne Quellenangaben beruhen auf den Unterlagen der Ämter der Stadtverwaltung.

Bestandszahlen sind jeweils Angaben vom Ende des angegebenen Berichtsmonats. Angaben je Einwohner beziehen sich, sofern nicht anders angegeben, auf die Einwohnerzahl zum Ende des Vormonats.

- anstelle einer Zahl entspricht dem Wert Null;

. anstelle einer Zahl - keine Angabe oder nicht zutreffend

0 Wert ist kleiner als die Hälfte der verwendeten Einheit;

R berichtigte, S geschätzte Zahl, P vorläufiger Wert

Redaktion: Landeshauptstadt Magdeburg, Amt für Statistik, Postanschrift: 39090 Magdeburg, Hausanschrift: Julius-Bremer-Straße 10, 39104 Magdeburg

Tel. (0391) 540 2808; Fax (0391) 540 2807 <http://www.magdeburg.de> (Monatsbericht auch als Download) E-mail: statistik@magdeburg.de

Druck: Stelzig-Druck Magdeburg



Notizen zur Demographie

Landeshauptstadt Magdeburg

Amt für Statistik

Beilage zum Statistischen Monatsbericht

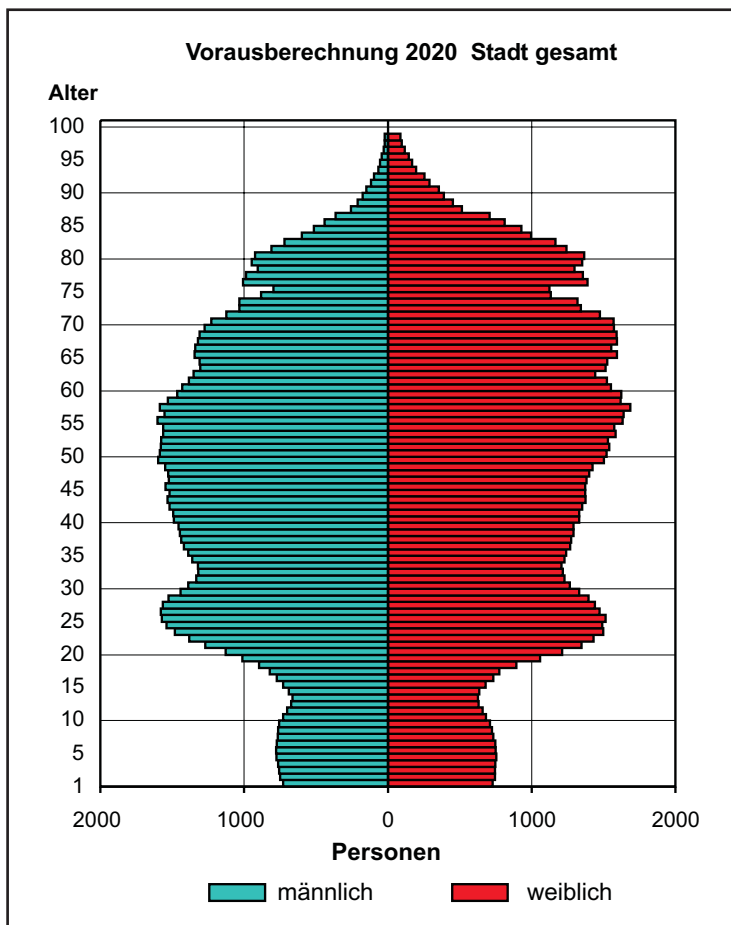
August 2007

Wissenschaftlicher Scharfsinn oder Kristallkugel?

Zur Problematik von Bevölkerungsprognosen

Mittlerweile hat sich herumgesprochen, dass die Meteorologen das Wetter nicht selbst machen. Aber wenn die sonntägliche Gartenparty anstelle des am Freitag vorhergesagten Sonnenscheins vom Gewitterguss heimgesucht wird, richtet sich der Unmut des Gastgebers rasch gegen die ungenaue Prognose der Wetterfrösche.

In nicht ganz unähnlicher Situation findet sich wieder, wer von Berufs wegen Aussagen über die künftige Bevölkerungsentwicklung der Bundesrepublik oder seiner Heimatstadt machen soll. Und dabei geht es nicht nur um verwässerten Sonntagskaffee, sondern um die Rechtfertigung staatlicher oder kommunaler Infrastrukturinvestitionen, die Steuergelder kosten und häufig Lebenserwartungen von mehreren Jahrzehnten haben sollen.



Dabei behaupten Demographen und Statistiker ja in der Regel nicht, sie wüssten exakt, wie die Bevölkerungszahl und -zusammensetzung in 25 Jahren aussieht. Sie betonen vielmehr stets, dass ihre Prognosen eigentlich Voraussetzungen sind, die unter der Annahme stehen, dass sich an den derzeit erkennbaren Entwicklungen nichts ändert. Man kann das nicht oft genug betonen, gleichwohl wechselt die Haltung zu Bevölkerungsprognosen in der Öffentlichkeit nicht selten zwischen naiver Gläubigkeit und ärgerlicher Ablehnung.

Kurz gesagt, besteht eine Bevölkerungsprognose in dem Ansatz, für ein genau bestimmtes Gebiet, dessen Einwohnerschaft nach Zahl und Zusammensetzung bekannt ist, für eine bestimmte Zahl zukünftiger Jahre die Auswirkungen der Prozesse Geburt und Tod, Zu- und Abwanderung in ihrer Stärke und Struktur abzuschätzen. Anhaltspunkte für die Quantifizierung dieser Prozesse sind dabei ihre Ausmaße in den zurückliegenden Jahren, gegebenenfalls modifiziert durch mehr oder

minder plausible Annahmen über ihre Veränderungen in der Zukunft.

Diese statistische Trendverlängerung trifft in der Regel die Wirklichkeit recht genau, summiert sich doch im Leben eine Vielzahl individueller Entscheidungen zu großen Trends, die sich meist nur allmählich verändern.

Die altersspezifischen Geburtenraten etwa, die durchschnittliche Zahl der Kinder, die von 1000 Frauen eines bestimmten Altersjahrgangs im betrachteten Gebiet innerhalb eines Jahres zur Welt gebracht werden, ändern sich normalerweise nur langfristig und allmählich. Liegen dem Statistiker also hierüber Angaben vor, kann er in Kenntnis der altersmäßigen Zusammensetzung der Bevölkerung eine Aussage darüber treffen, wieviele Kinder im Prognosejahr wahrscheinlich geboren werden.

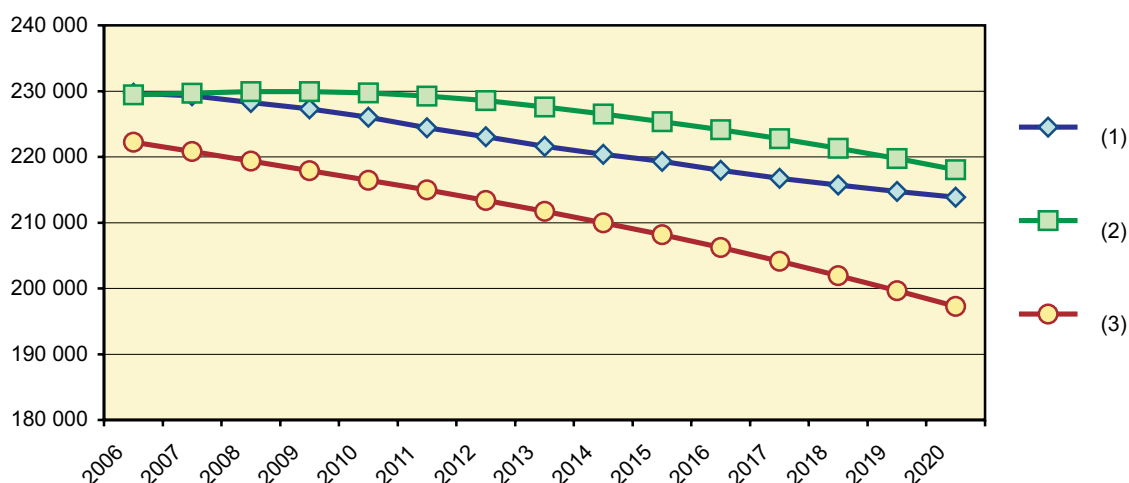
Die Demographiegeschichte der letzten Jahrzehnte zeigt aber, dass es immer wieder zu sprunghaften Veränderungen in den Geburtenraten kommt. Der sogenannte Pillen- oder Abtreibungsknick der 70er Jahre oder der dramatische Geburteneinbruch in den

neuen Bundesländern anfangs der 90er sind Beispiele dafür. Keine langfristige Prognose kann solche Entwicklungen vorhersehen. Eine Bevölkerungsvorausschätzung für die neuen Länder muss also immer eine Annahme darüber treffen, ob und wie schnell sich die Geburtenzahlen im Osten denen des Westens angleichen. Hat das Prognosegebiet einen größeren Anteil ausländischer Bevölkerung, ist gegebenenfalls auch noch deren höhere Geburtenrate zu berücksichtigen.

Auch die Vorhersage der Zahl der Sterbefälle beruht auf langfristigen Statistiken, den Sterbetafeln. Sie geben, nach Geschlechtern getrennt, die Sterbe- oder besser, die Überlebenswahrscheinlichkeit für ein Jahr für Personen jedes einzelnen Lebensjahres an. Aber auch bei der Abschätzung der Sterbefallzahlen ist die Fachwelt nicht immer vor Überraschungen sicher - auch ohne gleich die Vogelgrippe-Pandemie zu beschwören. Bis in die 90er Jahre galt gemeinhin als ausgemacht, dass die Lebenserwartung wesentlich durch die Lebensgewohnheiten, die Umwelt und Gesundheitsfürsorge während des gesamten Lebens bestimmt wird. Es war daher erwartet worden, dass sich die bis dahin geringere statistische Lebenserwartung der ostdeutschen Bevölkerung nur sehr langsam an den

Vergleich verschiedener Bevölkerungsvorausschätzungen für die Stadt Magdeburg für die Jahre 2006 bis 2020

- (1) - eigene Berechnung des Amtes für Statistik der Landeshauptstadt
- (2) - 3. Regionalisierte Bevölkerungsprognose des Statistischen Landesamtes, 2004
- (3) - 4. Regionalisierte Bevölkerungsprognose des Statistischen Landesamtes, 2007



westdeutschen Durchschnitt angleichen würde. Die vergangenen Jahre haben indessen einen sehr schnellen Anstieg der sogenannten "Restlebenserwartung" der älteren Generation erbracht - eine Folge der rasch verbesserten Gesundheitsfürsorge für Senioren. Übrigens erfolgt die Anpassung schneller für Frauen als für Männer.

Lassen sich die Ausmaße der natürlichen Bevölkerungsbewegungen noch mit einiger Sicherheit aus den Zahlen der jüngeren Vergangenheit herleiten, so potenzieren sich die Schwierigkeiten bei der Voraussage der Wanderungsbewegungen. Die Wanderungsströme innerhalb Deutschlands und über seine Grenzen setzen sich aus einer Vielzahl von Einzelentscheidungen zusammen, deren jede auf Grund von Motiven fällt, die dem Statistiker nicht zugänglich sind. Soll der Statistiker abschätzen, wieviele Menschen in vier, zehn oder zwanzig Jahren in sein Untersuchungsgebiet zu- oder aus ihm abwandern, so muss er stets Vermutungen darüber anstellen, in welchem Maße sich Prozesse, die vordergründig überhaupt nichts mit Statistik zu tun haben, auf das betrachtete Gebiet auswirken.

Für ein kleines Gebiet, ein Bundesland etwa oder eine Großstadt, ist die Prognose keineswegs einfacher oder sicherer als für ganz Deutschland oder die EU. Spielen für ganz Deutschland neben der natürlichen Bevölkerungsbewegung - also Geburt und Tod - nur die Ein- und Auswanderung eine Rolle, so kommen bei der Betrachtung einzelner Länder oder Städte die Umzüge innerhalb Deutschlands ins Spiel. Für Richtung und Stärke aller dieser Ströme (oder Rinnsale) müssen möglichst plausible Annahmen getroffen werden, will man zukünftige Bevölkerungsverteilungen voraussagen. Diese sog. Wanderungsannahmen beeinflussen die Prognosewerte für kleine Gebiete meist mehr als die Schwankungen der Geburten- und Sterbefallzahlen.

Weltpolitische Ereignisse, Kriege, Diktaturen und Hungersnöte lösen globale Wanderungsbewegungen aus, die über kurz oder lang im letzten Altmarkdorf ihre Auswirkungen haben werden. Wirtschaftliche Standortentscheidungen schaffen neue Zentren von Arbeitsplätzen, die mittelfristig Arbeitswanderungen auslösen können. Junge Menschen verlassen ihre

Heimatregion auf der Suche nach Ausbildungs- und Arbeitsplätzen. Kommunalpolitische und planerische Entscheidungen (und Fehlentscheidungen!) haben Folgen für die Ansiedlung oder das Umzugsverhalten von Menschen.

Und werden gar Prognosen für Teilgebiete einer Stadt erwartet, dann kommt ein weiteres Problem auf. Dominiert unter den Motiven für Wanderungen aus einer Region in die andere der Arbeits- und Ausbildungsstellenmarkt, so ist innerhalb der Stadt eher der Wohnungsmarkt entscheidend. Und dieser reagiert auf Planungen der Stadt. Die Ausweisung von Wohnbauland, Wohnumfeldverbesserungen, Straßenbau und ÖPNV-Planung, all dies hat Einfluss darauf, wo sich Menschen innerhalb der Stadt eine Wohnung suchen.

Während die Stadt auf überregionale Wanderungen überwiegend reagiert (auch wenn jeder Stadtplaner und Kommunalpolitiker es natürlich als Ehrensache ansieht, möglichst viele Neubürger in seine Stadt zu holen), schafft sie innerhalb ihrer Mauern einen Teil der Wanderungsursachen selbst. Die Statistiker müssen das in ihren Vorausschätzungen berücksichtigen. Und wenn die Stadtplaner dann darangehen, aus den Prognosen weitere Schlüsse zu ziehen, dann sollten sie nicht aus den Augen verlieren, dass sie einen Teil der prognostizierten Veränderungen selbst hervorrufen.

Statistiker und Demographen, mit der Erstellung von Bevölkerungsprognosen beauftragt, müssen also mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit die quantitativen Folgen von Ereignissen abschätzen, die größtenteils noch gar nicht stattgefunden haben. Sie tun dies, indem sie ihren Rechnungen die Annahme zugrunde legen, die derzeit sichtbaren Prozesse setzten sich, vielleicht mit gewissen quantitativen Veränderungen, auch in der Zukunft fort. Man stelle sich aber vor, ein Statistiker des Kaiserlichen Statistischen Reichsamtes um 1910 hätte vor der Aufgabe gestanden, die Bevölkerungsbewegungen im Deutschen Reich von Straßburg bis Königsberg für den Zeitraum bis 1950 zu prognostizieren. Freilich, auch solche Erfahrungen schließen nicht aus, dass heute für die Bundesrepublik, ihre Länder und Städte mit Bevölkerungsprognosen argumentiert wird, die den Zeitraum bis 2050 umfassen.

Was aber soll die Zunft auch tun? Die Politik und nicht zuletzt die in den Medien sich niederschlagende "öffentliche Meinung" verlangen nach diesen Informationen, und nicht zu Unrecht. Es ist also nicht unseriös, Bevölkerungsprognosen aufzustellen und als Grundlage für politische und wirtschaftliche Planungen zu verwenden. Dazu gehört aber auch das Wissen um die mit steigender Reichweite zunehmende Unsicherheit dieser Schätzungen. Ihre Aussage lautet nicht, "So wird es", sondern "Wenn sich Nichts ändert, dann wird es so werden". Auch das Wissen darum, dass die Verlängerung des heutigen Trends in die Zukunft in zehn, zwanzig oder fünfzig Jahren dieses oder jenes unerwünschte Ergebnis zur Folge haben wird, ist von Wert, wenn die politisch Verantwortlichen deswegen Anstrengungen unternehmen, den Trend zu verändern.

Freilich lehren seriöse Prognosen, dass nicht alle Prozesse umkehrbar und nicht alle bereits entstandenen Schäden behebbar sind. Die Mädchen etwa, die in 25 Jahren Mütter werden, sind mehrheitlich bereits geboren. Und jede demographische Veränderung hat

ihre Folgen, das sogenannte "demographische Echo" in der nächsten und übernächsten Generation. Der dramatische Geburteneinbruch der Neunziger in Ostdeutschland etwa wird in wenigen Jahren einen erneuten deutlichen Rückgang der Geburtenzahlen zur Folge haben, weil dann die potentiellen Mütter fehlen.

Die Prognosen der Demographen zeigen auch, dass das Problem der Alterung der Bevölkerung durch Zuwanderung allein nur teilweise gemildert werden kann. Auf alle Fälle lassen uns die Demographen, wie unsicher viele ihrer Annahmen auch sein mögen, nicht im Unklaren. Sie zeigen den großen Trend und die vorhandenen, aber begrenzten Möglichkeiten des Gegensteuerns. In den nächsten Jahrzehnten werden wir uns nach ihren Aussagen auf sinkende Bevölkerungszahlen einzustellen haben. Den Städten und verstäderten Regionen bleibt die zweifelhafte Hoffnung, im Ergebnis von Land-Stadt-Wanderungen zu den Gewinnern unter den Verlierern zu gehören. Der Meteorologe kann den Schneesturm nicht verhindern. Aber er kann uns mahnen, uns warm anzuziehen.

Zensus light

Die geplante Volkszählung verschenkt die Möglichkeit, Antworten auf die wichtigsten Zukunftsfragen des Landes zu liefern

Das Bundeskabinett hat Ende August beschlossen, im Jahr 2010/11 eine Volkszählung durchführen zu lassen. Ein solcher Zensus ist dringend notwendig, denn die Datenlage in Deutschland gilt als mangelhaft und lässt eine seriöse Planung kaum mehr zu. Ohnehin schreibt die EU allen Mitgliedstaaten und Beitrittskandidaten für 2010 eine gemeinsame Zensusrunde vor. Es ist kaum anzunehmen, dass sich ausgerechnet jenes Land, das als einziges schon die letzte Runde im Jahr 2000 geschwänzt hat, sich vor einer Zählung wird drücken können.

Im Beschluss des Kabinetts heißt es, die Zählung sei so zu organisieren, dass "möglichst geringen Kosten und möglichst wenig Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger entstehen". Doch leider hat man unter dem Diktat "leise und billig" die Datenqualität vergessen. Denn die Methode, nach der das Statistische Bundesamt die Zählung durchführen will - und nach Auffassung des Kabinetts auch soll - ist nicht geeignet,

Antworten auf die drängendsten Fragen zu geben, die sich aus dem demografischen Wandel ergeben.

Vereinfacht gesagt, gibt es zwei verschiedene Möglichkeiten eine Volkszählung zu organisieren. Erstens, man schickt eine Schar von Zählern von Tür zu Tür und legt einen Bogen vor, auf dem die wichtigsten Fragen notiert sind, auf die der Staat, die Wirtschaft, die Kommunen, die Rentenversicherungen, die Schulen oder Kindergärten für ihre Planung eine Antwort benötigen. Denn sinnvoll planen kann nur, wer weiß, wie viele Menschen welchen Alters und mit welchem Bildungs- und sozialem Hintergrund in welchen Regionen des Landes leben. Diese Methode ist seit geschichtlichen Zeiten erprobt und liefert in den meisten Ländern der Welt brauchbare Ergebnisse. Natürlich kann sie die Wirklichkeit nicht zu hundert Prozent abbilden, denn auch Zähler machen Fehler, Bürger falsche Angaben oder sind einfach nicht anzutreffen.

Die zweite Möglichkeit, ein Volk zu zählen, bietet der so genannte registergestützte Zensus. Weshalb, so die Überlegung, soll man Zehntausende von Zählern engagieren und Berge von Papier ausfüllen, wenn die Verwaltungen über Daten verfügen, aus denen ohnehin hervorgeht, was man im Rahmen einer Zählung erfahren will? Schließlich führen alle Kommunen Melderegister, die Rentenversicherungsträger wissen, wer eine Altersversorgung bezieht, die Bundesagentur für Arbeit kennt die Beschäftigten und die Arbeitslosen und so weiter. Wer diese Register auswertet, sollte doch einen Überblick über die Lage der Nation bekommen.

Genau so will das Statistische Bundesamt verfahren und zusätzlich einen Stichprobenteil der Bevölkerung nach der alten Methode befragen, um mögliche Fehler in den Registern zu erkennen. Mittels mathematisch hochkomplexer Verfahren lassen sich die Zahlen so "Geraderechnen".

Das Problem dabei ist, dass die vorhandenen Register voller Fehler stecken. Und dass sie längst nicht alle Fragen beantworten können, die für eine Bestandsaufnahme nötig wären. Wie viele Kinder die Menschen haben, ob sie die deutsche Sprache sprechen oder ob ihre Eltern aus dem Ausland zugewandert sind, geht aus keinem Register hervor.

Manch ein Bürger wird sich wundern, warum die Daten, mit denen die Verwaltung Tag für Tag arbeitet, so fehlerhaft sind. Das liegt unter anderem daran, dass die Meldebehörden zwar die Zu- und Fortzüge, die Geburten und Sterbefälle verbuchen und einmal im Monat an die statistischen Ämter melden, die damit ihre etwas angestaubten Volkszählungsdaten von 1987 (beziehungsweise von 1983 für das Gebiet der ehemaligen DDR) fortschreiben. Bei dieser Methode werden aber über die Jahre immer mehr "Karteileichen" mitgeschleppt. Von diesen Phantomen in der Statistik gibt es mittlerweile 1,5 Millionen, wie das Statistische Bundesamt bei seinen Vorarbeiten für den Zensus über Stichproben ermittelt hat. Deutschland wäre demnach um die Einwohnerschaft von Köln und Hannover ärmer als gemeinhin angenommen.

Diese Scheinexistenzen halten sich hartnäckig in den Datenreihen, weil viele Kommunen wenig Interesse daran haben, ihre Statistiken zu korrigieren. Denn die

Pro-Kopf-Zahlungen von Land und Bund werden auch für Karteileichen geleistet. Einige Bundesländer, wie das Saarland oder Berlin, die vom Länderfinanzausgleich besonders profitieren, kommen auf erstaunliche Karteileichenraten von sechs Prozent. Allein die Bundeshauptstadt bezieht so jedes Jahr rund 160 Millionen Euro aus dem Länderfinanzausgleich (also von den Bundesländern, die besser dastehen), die ihr demnach gar nicht zustehen und noch einmal etwa die gleiche Summe aus Bundesergänzungszuweisungen.

Aber immerhin: Die Daten der Meldeämter dürften, trotz aller Karteileichen, noch die besten sein, die dem registergestützten Zensus als Rechenbasis dienen sollen: Das Ausländerzentralregister vermeldet eine Zahl, die um 600.000 von den Angaben der Meldebehörden abweicht. Zu Aussiedlern existieren überhaupt keine Zahlen. Und in den Karteien der Bundesagentur für Arbeit stecken deutschlandweit zehn Prozent Personen, die nirgendwo in einem Melderegister zu finden sind. "Berlin", heißt es dazu lakonisch beim Statistischen Bundesamt, "scheint von dieser Problematik besonders betroffen zu sein": Rund ein Drittel aller von der Bundesagentur geführten Berliner existiert nicht auf den Meldeämtern - ein guter Teil davon vermutlich auch physisch nicht.

Angenommen, es gelänge den Statistikern aus Wiesbaden, aus all diesen mangelhaften Zahlen tatsächlich ein Bild der Nation zu errechnen und stimmige Grunddaten vorzulegen, hätten wir eine Antwort auf all jene Fragen, für die sich Wirtschaft und Wissenschaft, Integrationsbeauftragte und Enquête-Kommissionen, Kirchen, Bürgermeister und Landräte brennend interessieren?

Keinesfalls. Denn zum einen liefert der Registerabgleich keine Daten in brauchbarer kleinräumiger Gliederung. Da aber die Planung für Schulen und Sprachkurse, für Alten- und Pflegeheime, für Wasserleitungen oder Kläranlagen bekanntlich in den Gemeinden stattfindet, erwarten viele Mitarbeiter der statistischen Landesämter wenig Erhellendes von der geplanten Zählung. Die notwendigen Regionaldaten, die über die bloßen Einwohnerzahlen hinaus gehen, könnten nur über eine klassische Vollerhebung ermittelt werden.

Zum anderen schließt das Statistische Bundesamt bisher kategorisch jene Fragen aus, deren Beantwortung für die Bewältigung des demografischen Wandels am wichtigsten wäre. Zum Beispiel nach der Kinderzahl. Bei allem Gejammer um niedrige Geburtenraten wissen wir in Deutschland nicht, welche Bevölkerungsgruppen wie viele Kinder bekommen. Wir wissen nicht, ob die Akademikerinnen wirklich zu 40 Prozent kinderlos bleiben und schon gar nicht, wie viele Kinder die Männer der Republik haben. Genau diese Fragen aber stehen im Mittelpunkt der neuen Familienpolitik, die sich auf jene Menschen konzentrieren will, die gerne Kinder hätten, diese aber aus irgendwelchen Gründen nicht bekommen. Mit anderen Worten: Die Familienpolitik kennt ihre Zielgruppe gar nicht, wendet aber eine Menge Geld auf, um sie mutmaßlich zu erreichen.

Warum bei einer Volkszählung die banale Frage nach der tatsächlichen Kinderzahl von Frau und Mann nicht gestellt werden kann, ist ein Rätsel. "Wir können die Bevölkerung nicht mit solchen Fragen belästigen", erklärte Dieter Wiefelspütz, innenpolitischer Sprecher der SPD auf einer Berliner Fachtagung im Juni zum Thema Volkszählung in Berlin. Er möchte die Zensusmethode "leise und billig" allen Experteneinwänden zum Trotz möglichst schnell durchwinken. Denn zu tief (und vermutlich völlig unbegründet) sitzt die Furcht der Politik vor den Volkszählungsrebellien der 1980er Jahre. Stattdessen soll bei der Stichprobe zum Zensus die bürgerschonende Frage "Wie viele Kinder leben in Ihrem Haushalt?" gestellt werden. Da es Kinder gibt, die nicht mehr im Haushalt der Eltern wohnen, und Eltern, die getrennt leben, beschreibt die Antwort vieles - nur nicht das Vermehrungsverhalten der in Deutschland lebenden Menschen.

Ähnlich wichtig für die Zukunft des Landes wie eine gute Datenbasis über die Kinderzahl wäre eine solche über die nach Deutschland zugewanderten Menschen oder deren Kinder. Viele dieser Kinder haben schulische Probleme, und es wäre dringend nötig, Abhilfe zu schaffen. Dafür aber sollte man beispielsweise frühzeitig wissen, in welchen Quartieren Migrantenkinder eingeschult werden. Erfahren ließe sich der "Migrationshintergrund" der Bürger, wenn man nach dem Geburtsort von Mutter und Vater fragt. Viele demokratische Länder tun das, ohne über eine mögliche Einschränkung der Persönlichkeitsrechte auch nur nachzudenken.

Doch auch diese Frage soll im Rahmen der Volkszählung Tabu bleiben. So wird es auch weiterhin keinerlei Daten über die soziale und wirtschaftliche Situation etwa von Aussiedlern geben. Bei dieser Personengruppe handelt es sich definitionsgemäß um Deutsche, auch wenn sie häufig weder mit der Sprache noch mit der Kultur ihrer neuen Heimat vertraut, also im eigentlichen Sinne "Zuwanderer" sind. Diese Menschen tauchen - statistisch gesehen - im Meer der Deutschen unter, als hätten sie keinerlei Integrationsprobleme. Mögliche Integrationsdefizite bei Aussiedlern lassen sich somit weder wissenschaftlich untersuchen, noch lassen sich Erfolge analysieren, um daraus etwas zu lernen. Was bleibt, sind Daten vom Ende einer sozialen Karriere: Aus Kriminalstatistiken geht hervor, dass vor allem männliche Jugendliche mit Migrationshintergrund in hohem Maße straffällig werden. Weil aber nicht bekannt ist, in welchem Maße die Eltern dieser Kinder arbeitslos sind, welchen Bildungsstand sie haben oder ob zuhause Deutsch gesprochen wird, fehlt ein soziales Gesamtbild einer ganzen Bevölkerungsgruppe und man verbaut sich wichtige Möglichkeiten, Probleme erst gar nicht entstehen zu lassen.

Nach den Ergebnissen des jüngsten Mikrozensus (einer regelmäßig durchgeführten einprozentigen Stichprobenerhebung, die lediglich Daten auf Bundeslandebene liefert) leben in Deutschland 15 Millionen Personen mit Migrationshintergrund, also Zuwanderer und deren hierzulande geborene Kinder. Das ist, nach den Vereinigten Staaten, immerhin die zweitgrößte Migrantenpopulation der Welt. Wenn man, wie die Bundesbeauftragte für Migration, Flüchtlinge und Integration, davon ausgeht, dass diese 20 Prozent der Bevölkerung ein Drittel aller Kinder bekommen, dann wird die Migrantenbevölkerung weiter stark zunehmen, selbst wenn es - rein theoretisch - keine Zuwanderung mehr gäbe. In einigen Städten der Republik stammt schon heute über die Hälfte des Nachwuchses aus Migrantenfamilien. Bis 2050 könnte dies deutschlandweit der Fall sein. Unser aller Zukunft wird also wesentlich von diesen Menschen bestimmt. Doch im Rahmen einer Volkszählung, der einzigen Möglichkeit, sich alle zehn Jahre einen Überblick über die Lage im Lande zu verschaffen, soll erklärtermaßen nichts über den Hintergrund dieser Menschen erhoben werden. Stattdessen dürfen sich die Planer nach wie vor mit einem chaotischen Durcheinander von Daten herumschlagen, aus Zu- und Fortzugsstatistik, Asylstatistik, Ausländerzentralregister, Mikrozensus, Visastatistik sowie Arbeitsmarkt- und Beschäftigtenzahlen, die in keiner Weise ein konsistentes Bild der Zuwanderung ergeben.

Da ein großer Teil der Migranten muslimischen Glaubens ist, und diese häufig auch aktiv am religiösen Gemeindeleben teilnehmen, ist davon auszugehen, dass der Islam in einigen Regionen bald schon zur größten aktiven Glaubensgemeinschaft wird - jedenfalls solange sich die muslimische Gesellschaft nicht massiv säkularisiert. Dieser Wandel ist nicht nur für die Kirchen, sondern auch für die Kommunen von großer Bedeutung. Denn Kirchen betreiben einen großen Teil der sozialen Infrastruktur, von Kindergärten bis zu Altenheimen und Krankenhäusern. Bricht die Finanzierung für diese Einrichtungen weg, stehen die Gemeinden mit ihren leeren Kassen vor einem großen Dilemma.

Die Vorstellung einer zumindest in Teilen islamisch geprägten Republik dürfte einige Zeitgenossen verstören. Aber sie beruht auf einer Entwicklung, die womöglich sicherer ist als das Amen in der Kirche. Ob sie sich als gut oder schlecht für das Land herausstellen wird, muss sich zeigen. Aber es wäre politisch klug, sich rechtzeitig auf diese und andere Veränderungen des demografischen Wandels einzustellen. Doch wo in Deutschland welche Menschen welchen Glaubens leben, interessiert im Rahmen einer Volkszählung nicht. Manchmal hat es den Anschein, als wolle die Politik Probleme dadurch ausblenden, dass sie ihnen die Argumentationsbasis entzieht.

Nun gibt es auf anderer Ebene hervorragende Daten, die uns für ein bestimmtes Problem die Augen geöffnet haben: Sie stammen aus der Pisa-Studie. Sie erlaubt nicht nur einen internationalen Vergleich der Schulleistungen, sondern auch das Kombinieren von sozialen, ökonomischen und Bildungsmerkmalen und sie sagt uns, dass in unserem Bildungssystem etwas fundamental falsch läuft: Wir haben schwarz auf weiß, dass Kinder aus sozial schwachen und bildungsfernen Haushalten, aus Migrantenfamilien besonders schlecht in der Schule abschneiden und dass wir damit fahrlässigerweise ein Bildungspotenzial verschleudern.

Mit den Daten aus einer gut geplanten Volkszählung ließen sich zahllose solcher Zusammenhänge und Strukturen für das ganze Land aufdecken. Aber diese Möglichkeit soll nicht genutzt werden. Denn auch die Fragen nach der im Haushalt gesprochenen Sprache, der Einkommensklasse und der Nutzung von Kinderbetreuungseinrichtungen sollen nicht auf dem Bogen der Zählung stehen. Insgesamt ginge es um nicht einmal zehn einfache Zusatzfragen, mit denen sich die Qualität der Volkszählungsdaten erheblich verbessern ließe.

Einige europäische Länder, vor allem in Skandinavien, werden die nächste Zensusrunde auf Basis ihrer Register durchführen. Das können sie auch, denn deren Register haben eine höhere Qualität. Die Niederlande können sogar über einen "virtuellen" Zensus Daten liefern. In Holland sind die meisten Register miteinander vernetzt und jeder Bürger ist über eine anonyme Personenkennziffer auch seinen Daten zugeordnet. Wenn eine Person geboren wird, umzieht oder stirbt, erfahren das alle Register gleichzeitig. Fehler können sich so kaum einschleichen und theoretisch haben die Niederlande zu jedem Zeitpunkt einen Überblick über die Lage im Lande. Länder ohne zuverlässige Register, wie Großbritannien oder südeuropäische Länder, führen grundsätzlich Vollerhebungen durch.

Genau dies sollte auch Deutschland tun, um bei der dann folgenden Zensusrunde mit wirklich ertüchtigten Registern arbeiten zu können. Doch selbst diese Möglichkeit wäre in Deutschland verbaut. Denn ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes verbietet es, mit Hilfe von Volkszählungsdaten die fehlerhaften Primärstatistiken der Verwaltung zu ertüchtigen. Nach der Zensusrunde 2010/11 wird es deshalb eine neue, korrigierte Einwohnerzahl für Deutschland geben, die noch stärker als heute von der Summe aller Einwohner in den Melderegistern abweicht. Die Verwaltung von Schilda könnte ihre Register kaum absurder führen.

Schlechte Daten kommen die Bürger teuer zu stehen. Die tatsächlichen Kosten sind schwer zu beziffern. Sie liegen aber mit Sicherheit deutlich über dem Aufwand für eine Volkszählung. Ein planmäßiger Rückbau von Infrastruktur in den demografischen Schwundregionen

erfordert verlässliche Daten. Die Sozialforschung kann nur vernünftig arbeiten, wenn sie die Bevölkerungsgruppen in Größe und Eigenschaft kennt. Rentenkassen und Krankenversicherungen riskieren ihre Existenz, wenn sie mit schlechten Daten kalkulieren. Und hätten die Planer beim "Aufbau Ost" die anstehenden demografischen Veränderungen berücksichtigt, dann säßen die Kommunen heute nicht auf überdimensionierten Infrastrukturen, die kein Mensch finanzieren kann. Zig Milliarden hätten sich einsparen lassen.

Gute Daten bedeuten nicht zwangsläufig eine gute Politik. Aber umgekehrt wird ohne belastbare Daten eine gute Politik unmöglich gemacht, lassen sich die notwendigen Reformen für dieses Land gar nicht erst planen.

Das Kostenargument kann und darf deshalb nicht für eine halbherzige Registerzählung herangezogen werden. Zumal es ohnehin auf tönernen Füßen steht: Bis Ende 2005 ging das Statistische Bundesamt noch von Kosten in Höhe von 340 Millionen Euro für den Registerzensus aus, im Vergleich zu einer Milliarde für die klassische Vollerhebung. Mittlerweile ist klar, dass der komplizierte Registerabgleich aufwändiger wird, als geplant. Derzeit wird mit 450 Millionen gerechnet und das dürfte nicht das letzte Wort sein. Inzwischen setzt das Statistische Bundesamt aber auch die Kosten für die Vollerhebung nach oben - auf 1,5 Milliarden - obwohl sich an dem Verfahren gar nichts geändert hat. Die klassische Zählung müsse einfach dreimal so teuer sein wie ein Registerzensus, heißt es dazu intern aus den statistischen Ämtern. Sonst fehle das wichtigste Argument für die neue Methodik.

Nachdruck aus den "DEMOS Newsletter" des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung,
Ausgabe 28 vom 07. Dezember 2006
(<http://www.berlin-institut.org>)

Landeshauptstadt Magdeburg - Amt für Statistik, 39090 Magdeburg
Tel. (0391) 540 2808, Fax (0391) 540 2807, E-Mail: statistik@magdeburg.de
Für Besucher : Julius-Bremer-Str. 10 ("Altmarkt-Arkaden"), Zi. 559.
Verantwortlich : Werner Ley, Redaktionsschluß 15. 08, 2007